

(Berichterstatter Abg. **Pöferu.**)

(A) aus den erwähnten Gutachten ergebe, zweifellos falsch.

Es wird dann weiter gesagt, daß es an sich zu billigen sei, daß das Finanzministerium beim Verkaufe von Staatsgut im rein fiskalischen Interesse einen möglichst hohen Preis zu erzielen suche. Allein im vorliegenden Falle handle es sich nicht nur um fiskalische Interessen, sondern auch um Unterstützung gemeinnütziger und sozialer Bestrebungen, sowie um Hebung der sächsischen Industrie. Denn Herr Pölz beabsichtige, wie bereits ausgeführt, auf dem Grundstücke Arbeiterwohnhäuser zu errichten. Eine Hebung der Industrie könne allerdings durch den Verkauf der Wasserkraft an Pölz erreicht werden. Denn wenn er auch die Wasserkraft zurzeit nicht unbedingt benötige, so könne er doch mit Hilfe dieser Wasserkraft seinen Betrieb mit der Zeit bedeutend rentabler gestalten und auch erweitern, was sonst ausgeschlossen sei. Außerdem würde es auch dem Inhaber der Papierfabrik möglich sein, auf seinem eigenen Grund und Boden bei Erwerbung dieses Grundstückes seine Abklärungsanlagen zu bauen, die er jetzt noch auf Pachtgrundstücken errichtet habe. Er meint also, daß auch aus diesem Grunde eine Hebung der Industrie in gewissem Sinne dort zu verzeichnen sei. Er will nun keineswegs aus dieser Angelegenheit

(B) einen großen Vorteil ziehen, aber, sagt er, es könne ihm doch nicht zugemutet werden, daß er als Kaufmann einen unverhältnismäßig hohen Kaufpreis aufwenden müsse. Aus diesem Grunde bitte er nun, die vorliegende Petition zu prüfen und der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß im vorliegenden Falle der Abschluß eines Kaufvertrages zu dem durch die Sachverständigen, nämlich durch seine Sachverständigen, die ich vorhin genannt habe, festgestellten Kaufpreise sehr wohl auch im staatlichen Interesse liege, zumal in dem Falle, daß ein Einverständnis über den Kaufpreis mit ihm nicht zustande kommen sollte, der Staat nicht in der Lage sein würde, das Grundstück und insbesondere die Wasserkraft etwa anderwärts irgendwie zu veräußern.

Die Beschwerde- und Petitionsdeputation hat sich in zwei Sitzungen unter Hinzuziehung auch eines Herrn von der Regierung, des Herrn Finanzamtmannes Dr. Lehmann, mit der Petition beschäftigt. Es galt für die Deputation, sich einmal einen Überblick zu verschaffen, wie sich denn das Finanzministerium den Preis ausgerechnet habe, und darum, festzustellen, ob öffentliche Interessen oder nur rein private Interessen bei Erledigung dieser Angelegenheit in Frage kämen.

Wir standen natürlich auf dem Standpunkte, daß wir uns in Handelsgeschäfte des Finanzministeriums mit Privaten wohl nicht einmischen können, solange die billigen Grundsätze nicht verletzt werden und öffentliche Interessen nicht in Frage kommen. Der Herr Finanzamtman Dr. Lehmann hat dann Ausführungen in der Deputation gemacht, die dahin gingen. Die Wasserkraft, um die es sich handle, sei von der Wasserbauverwaltung zu Annaberg auf 11 000 M. geschätzt worden. Die Wasserbaudirektion habe sich diesem Gutachten angeschlossen, obwohl die Forstverwaltung zu einer noch höheren Schätzung gekommen sei. Das Grundstück selber schätze die zuständige Behörde auf 11 500 M., also das Quadratmeter auf ca. 70 Pf., und es wurde dabei betont, daß das in Rücksicht auf die Nähe des Bahnhofes wohl als preiswürdig anzusprechen sei. Es fällt mit dieser Ausführung die Behauptung des Petenten, daß das Finanzministerium das Grundstück für 2500 M. verkaufen, für die rohe Wasserkraft der Preßnitz dagegen 20 000 M. separat bezahlt haben wolle.

In der Deputation entspann sich noch eine längere Debatte darüber, ob der Preis von 70 Pf. für das Quadratmeter als zu hoch oder zu niedrig anzusehen sei. Wir kamen aber zum Schlusse doch dahin, daß wir in der vorliegenden Offerte eine Benachteiligung des Petenten in keiner Weise erblicken konnten. Wir konnten auch nicht finden, daß billige Grundsätze verletzt seien, und kamen zu dem Beschlusse, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Ich bitte Sie, diesem Votum zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Lehmann.

Abg. Lehmann: Meine hochgeehrten Herren! Nachdem ich selbst den beiden Deputationsitzungen der Beschwerde- und Petitionsdeputation beigewohnt habe, kann ich bestätigen, daß in beiden Sitzungen die Angelegenheit sehr gründlich beraten und vorgenommen worden ist. Ich kann auch dem Herrn Berichterstatter heute dankbar sein dafür, daß er keine Mühe gescheut hat, etwas Gutes aus dieser Petition herauszuschälen. Nur einiges will ich noch bemerken.

Eins fällt mir doch etwas auf, daß der Staat, der Fiskus hier bei dieser Gelegenheit, ich möchte sagen, ein größeres Geschäft machen will. Meine Herren! Wenn das Quadratmeter hier mit 70 Pf. berechnet werden soll — und ich weiß, daß im vorigen Jahre in dortiger Gegend bei den Straßenbauten das Quadratmeter bei der Expropriation nur auf 35 Pf. geschätzt wurde —

(Hört, hört!)